

Hochschulpolitik/Frauenforschung

Große Anfrage der SPD an die Bundesregierung zu „Stand und Perspektiven der Frauenforschung“. Die Antwort der Bundesregierung ist ein frauenpolitischer Offenbarungseid, eine frauenpolitische Bankrotterklärung, so kritisiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn. Ihr Fazit: Die Einlösung des Gleichberechtigungsgabotes durch Forschung selbst, durch eine gezielte Förderung der Frauenforschung, ist für die Bundesregierung kein Thema, allenfalls ein lästiges Übel. (Näheres in: zwd FuP 49/1990 und Sozialdemokratischer Pressedienst 221/19. Nov. 1990 und 220/20. Nov. 1990)

Nur an 11 der 191 westdeutschen Hochschulen, also an ganzen 5,8%, gibt es zentrale, interdisziplinäre Frauenforschungsstellen oder wissenschaftliche Einrichtungen für Frauenforschung. In Hamburg besteht überdies eine hochschulübergreifende „Gemeinsame Kommission Frauenforschung“. Von den rund 20140 Lehrstühlen an den westdeutschen Hochschulen entfallen ganze 28, also 0,1%, auf Lehrstühle für Frauenforschung. Die Hochschulen südlich der Mainlinie sind noch immer „frauenforschungsfrei“. Sie verfügen weder über entsprechende Schwerpunkte noch über entsprechende Lehrstühle.

Für ein gesondertes Forschungs- und Förderprogramm zur Frauenforschung sieht die Bundesregierung derzeit keinen Bedarf. Die Gründung einer Stiftung Frauenforschung würde zwar von der Bundesregierung begrüßt, eine finanzielle Beteiligung kommt für sie allerdings nicht in Frage. Die Gründungsinitiative zur Errichtung eines

Rates der Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst verfolgt sie mit Interesse, für die Vorlage einer entsprechenden Gesetzesinitiative sieht sie jedoch keine Veranlassung. Die von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung empfohlene institutionelle Förderung der außeruniversitären Frauenforschungseinrichtungen lehnt sie ab, da diese nicht ins politische Konzept passen. Für die gleichfalls von der BLK empfohlene Bildung interdisziplinärer Schwerpunkte zur Frauenforschung an den von ihr (mit)geförderten Forschungseinrichtungen will die Bundesregierung ebenfalls nichts unternehmen.

Bundesweit gibt es derzeit 30 Professuren zur Frauenforschung in den alten Bundesländern.

Lehrstühle für Frauenforschung* an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland

Berlin

(alle Lehrstühle an der Freien Universität Berlin)

1. C 3-Professur: „Allgemeine Soziologie mit besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse sowie der weiblichen Lebenszusammenhänge“
2. C 3-Professur: „Erziehungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Frauenbildung“
3. C 3-Professur: „Politische Wissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung“
4. C 3-Professur (2/3 Teilzeit): „Theorie und Praxis von Frauenbewegung. Sozialökonomische Analyse staatlicher Familien- und Bevölkerungspolitik unter besonderer Berücksichtigung von sozial-historischen Veränderungen bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit“
5. C 3-Professur: „Neuere Deutsche Literatur mit Schwerpunkt Frauenforschung“
6. C 3-Professur: (2/3 Teilzeit): „Neuere Deutsche Literatur mit dem Schwerpunkt Frau im literarischen Prozeß“
7. C 3-Professur: „Neuere Geschichte ggf. unter Berücksichtigung des Spätmittelalters, Schwerpunkt Historische Frauenforschung“

Bremen

(beide Lehrstühle an der Universität Bremen)

1. Professur: „Soziologie – insbesondere Soziologie des Geschlechterverhältnisses“
2. Professur: „Recht der Geschlechterverhältnisse“

Hessen

1. C 4-Professur: „Soziologie, insbesondere Frauenarbeit in Produktion und Reproduktion, Frauenbewegung“, an der Philipps-Universität in Marburg
2. C 4-Professur: „Erziehungswissenschaft – Sozialisationstheorie (Schwerpunkt weibliche Sozialisation) unter besonderer Berücksichtigung der außerschulischen Jugendbildung/Erwachsenenbildung“, an der Goethe-Universität in Frankfurt

Niedersachsen

1. C 4-Professur für „Psychologie, Frauenforschung“ an der Universität Hannover
 2. C 4-Professur für „Allgemeine Pädagogik unter besonderer Berücksichtigung von Frauenforschung“ an der Universität Osnabrück
 3. Ila-Nachwuchsstelle für Frauenforschung an der Universität Oldenburg
- Die Leiterin des Frauenforschungsinstituts Frau und Gesellschaft in Hannover hat an dieser Universität einen Lehrstuhl für Soziologie inne.

Nordrhein-Westfalen

Universität Bielefeld:

- C 3 Sozialwissenschaftliche Frauenforschung
- C 3 Sozialgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschlechterbeziehung
- C 3 Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauenproblematik in den Entwicklungsländern
- C 3 Pädagogik mit dem Schwerpunkt Frauenforschung

Universität - GH - Paderborn:

- C 4 Literaturwissenschaft mit dem Schwerpunkt in literaturwissenschaftlicher Frauenforschung
- C 3 Erziehung und Bildung in der Primarstufe unter besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung
- C 3 Arbeits- und Organisationspsychologie mit besonderer Berücksichtigung weiblicher Arbeitszusammenhänge in organisierten Kontexten

Universität Dortmund:

- C 3 Neuere und neueste Literatur mit dem Schwerpunkt im Bereich der Poetik der Moderne sowie der Frauenliteratur
- C 3 Frauenforschung

Universität Bochum:

- C 3 Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft mit dem Schwerpunkt Bild und Rolle der Frau in den Medien
- C 3 Soziologie (Frauen- und Sozialstrukturforschung)
- C 3 Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus unter besonderer Berücksichtigung von Frauen in diesen Berufsfeldern

Universität - GH - Essen:

- C 3 Sozialisationsforschung mit den Schwerpunkten Ausländerpädagogik insbesondere Sozialisation ausländischer Frauen und Mädchen und geschlechtsspezifische Sozialisation
 - C 3 Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauenforschung
- Koordinationsstelle für Frauenforschung

Universität Bonn:
C 3 Frauengeschichte

Fernuniversität in Hagen:
C 4 Sozialrecht unter besonderer Berücksichtigung von Fragen der Gleichstellung

Universität Münster:
C 3 Frauenforschung mit Schwerpunkt aus dem Bereich der Kulturwissenschaften

Saarland
Universität des Saarlandes:
C 4 Sozialpsychologie für Soziologie unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Frau in Beruf und Gesellschaft

Quelle: Bundestagsdrucksache 11/8144, S. 13 und S. 55/57

* Als Lehrstuhl für Frauenforschung werden nicht nur Lehrstühle mit ausdrücklicher Zweckbindung für Frauenforschung, sondern auch Lehrstühle mit besonderer Berücksichtigung von Frauenforschung bezeichnet. (zwd FuP 49/1990)

1990 wurde das 2. Hochschulonderprogramm gebilligt. 4 Milliarden DM stehen für die 1990er Jahre für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bereit. Ziel dieses 2. Hochschulonderprogramms ist es, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sicherzustellen. Zwischen den Jahren 1995 und 2005 wird gut die Hälfte der jetzt tätigen Hochschullehrer in den Ruhestand gehen. So gehen von den 4 Milliarden DM rund 1 Milliarde in die Habilitationsförderung und 1,1 - 1,2 Milliarden in die Promotionsförderung, hier werden besonders die Begabtenförderwerke vom Mittelzuwachs profitieren.

Rund 700 Millionen DM sind ausschließlich für die Frauenförderung reserviert: 45 Millionen für Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien, 123 Millionen für Werkverträge, 44 Millionen für Kinderbetreuungszuschläge. Der Löwenanteil von DM 340 Millionen geht an die DFG.

(BW 7-8/90, zwd FuP 47/1990)

Der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat eine Kommission für Frauenforschung eingerichtet, um dem wachsenden Bedarf auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Aufgabe soll sein, Forschungsdefizite der Frauenforschung zu ermitteln, wichtige Forschungsaufgaben zu benennen und Vorschläge zur Verbesserung der Förderung der Frauenforschung vorzulegen. Die DFG sieht den disziplinären Schwerpunkt der Frauenforschung zunächst in den empirischen Sozialwissenschaften, einschließlich der Psychologie. Die Kommission ist zunächst für drei Jahre berufen und soll bis zum Ablauf dieses Zeitraums einen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegen. Vorsitzende: Prof. Rosemarie Nave-Herz

WRK empfiehlt gezielte Frauenförderung

Nur jede 5. Hochschule bietet Kinderbetreuung

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat eine Reihe frauenfördernder Maßnahmen empfohlen, mit denen die Situation an den bundesdeutschen Hochschulen verbessert werden soll. Mittels Umfrage an ihren 191 Mitgliedshochschulen hat die WRK nämlich „erheblichen Verbesserungsbedarf“ festgestellt. Es gibt zwar an mehr als 60% der bundesdeutschen Hochschulen Frauenbeauftragte, an 21 der befragten (191!) Hochschulen Frauenförderpläne. Die Frauenforschung ist an 17% der WRK-Hochschulen etabliert. Es wurde aber eine unzureichende Beteiligung von Frauen an Hochschulausbildung und -karriere festgestellt. So hat im Durchschnitt gerade jede 5. Hochschule eine zeitweilige Kinderbetreuung im Angebot. Studentinnen und Wissenschaftlerinnen von Fachhochschulen sind noch schlechter gestellt, besagt die Studie. Gezielte Frauenförderung sollte nach Meinung der WRK durch finanzielle und Kinderbetreuungshilfen, durch die gezielte Unterstützung und Förderung von weiblichen Nachwuchskräften insbesondere im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich und durch Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien für Frauen während bzw. nach einer Familienphase erfolgen. Die WRK fordert außerdem bei der Festlegung von Altersgrenzen für Stipendien, Assistentenstellen und Professuren, daß „die für weibliche Biografien typischen Verzögerungen berücksichtigt werden“.

„Frauen sind in Gremien, für die die Bundesregierung ein Vorschlagsrecht hat, unterrepräsentiert.“ Zu diesem Urteil ist der Innenausschuß in seiner Beschlußempfehlung (11/4866) zu einem Antrag der SPD-Fraktion (11/3285) gekommen. Um diese Situation zu verändern, soll die Bundesregierung zunächst eine Bilanz über die Anzahl zu besetzender Funktionen und über die Vorschlags- und Auswahlverfahren für solche Positionen festlegen und darüber hinaus Vorschläge machen, wie der Frauenanteil erhöht werden kann. Das beschloß der Bundestag am 27. April. (IfdF, 6/90)

Europäische Frauenlobby in Brüssel. Fraueninteressen haben in Europa eine eigene Vertretung: Ende September beschloß eine erste Vollversammlung mit 70 Delegierten aus den zwölf EG-Ländern eine „Europäische Lobby für Frauen“. Diese neue Stelle soll einmal dafür sorgen, daß Fraueninteressen bei den Europäischen Institutionen vertreten und gefördert werde. Sie soll auch Frauen für die europäische Politik sensibilisieren und sie ermuntern, sich daran zu beteiligen. Koordinatorin ist Jaqueline de Groot, la Place Quetelet, B-1030 Brüssel. (zwd FuP 47/1990)

Frauenverbände

Frauenpolitikerinnen, Wissenschaftlerinnen sowie Fachfrauen aus Wissenschaftsverwaltungen einiger Bundesländer haben die Gründung eines Rates für Frauen in

Wissenschaft, Technik und Kunst vorgeschlagen. Die Gründungsinitiative wurde am 29.5.1990 vorgestellt und orientiert sich am Beispiel des Wissenschaftsrates. Konzept und Entwurf in: zwd FuP Juni 1990.

Mitglieder der Gründungsinitiative:

Prof. Monika Ganseforth, MdB, Bonn
Adrienne Göhler, Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste, Hamburg
Staatssekretärin Helga Hentschel, Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie, Berlin

Prof. Ayla Neusel, Vizepräsidentin der Gesamthochschule, Kassel

Monika Schneiderei, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Düsseldorf

Otti Stein, Abt.-Leiterin im Ministerium für Arbeit und Frauen, Saarbrücken

Johanna Beyer, München

Eva Brinkmann to Broxten, Institut für Frauenforschung, Frankfurt

Holga Forster, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Helga Genrich, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, Königswinter

Gudrun Koch, Berlin

Johanna Kootz, Zentraleinrichtung zur Förderung v. Frauenstudien und Frauenforschung, Universität Berlin

Prof. Sigrid Metz-Göckel, Hochschuldidaktisches Zentrum der Universität Dortmund

Prof. Rosemarie Nave-Herz, Institut Frau und Gesellschaft, Hannover

Ursula Nissen, Deutsches Jugendinstitut, München

Gisela Notz, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Königswinter

Prof. Carola Gottmann, Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen, Heidelberg

Elke Harjes-Ecker, Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Saarbrücken

Luisa Joppe, Dipl.-Psych., 1. Vorsitzende des Deutschen Akademikerinnenbundes, Nürnberg

Prof. Heria Pflumm-Schönewolf, Vizepräsidentin, Hochschule der Künste, Berlin

Chista Sauter-Kertsch, Leitstelle für Frauenfragen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung, Stuttgart

Prof. Barbara Schaeffer-Hegel, Berlin

Erste Gesamtkonferenz „Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst“ fand Ende November in der GH Kassel statt. Wissenschaftlerinnen in beiden Teilen Deutschlands fordern eine gleichberechtigte Teilhabe an wissenschafts- und forschungspolitischen Entscheidungen. Alle Gremien, die über die Zukunft von Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen in den neuen Bundesländern entscheiden, sollen paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden, forderten die rund 200 Teilnehmerinnen. Es wurde beschlossen, eine „Ständige Gesamtkonferenz“ mit einem zwölfköpfigen Sprecherinnenrat von Frauen aller Disziplinen und Landesteilen einzurichten. Diese „Ständige Konferenz“ soll ein „Zwischengremium“ sein, bis der „Rat der Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst“ als weibliches Pendant zum bundesdeutschen Wissenschaftsrat eingerichtet ist.

Sprecherinnenrat der „Ständigen Gesamtkonferenz“:

Dr. Eva Brinkmann to Broxten
fif - Frankfurter Institut für Frauenforschung
e.V.

Prof. Dr. Christina Felber
Kunsthochschule Schöneiche
Dr. Margot Gebhart-Benischke

Dortmund
Adrienne Göhler
Präsidentin der Hochschule für Bildende
Künste, Hamburg
Dr. Karin Hildebrandt
Zentralinstitut für Hochschulbildung

Prof. Dr. Dr. Dagmar Hülsenberg
TH Ilmenau, Präsidentin des Technikerverbandes der ehemaligen DDR
Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel
Hochschuldidaktisches Zentrum der Universität Dortmund
Prof. Dr. Ayla Neusel
Gesamthochschule Kassel
Dr. Gisela Notz

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Sigrid Völker
Kunsthochschule Dresden
Dr. Helga Voth
Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung, Humboldt-Universität Berlin
Dr. Christine Waltenberg
Akademie der Wissenschaften Berlin-Ost

Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen in Nordrhein-Westfalen besteht seit zehn Jahren. Die Gruppe, vom Selbstverständnis her ein loser Zusammenschluß von landesweit etwa 400 Frauen, erweist sich als wichtige „pressure group“ und Lobby in Sachen Frauenpolitik und Frauenforschung an den Hochschulen. Davon zeugen zahlreiche Aktivitäten wie das Hochschulmanifest als Denk- und Diskussionsansatz zur Veränderung der bestehenden Hochschulen und der Vorschlag einer Technischen Universität für Frauen von Frauen.

Ausgangspunkt war die Erfahrung der wenigen an den Hochschulen arbeitenden und lehrenden Frauen, daß sie dort isoliert sind, ihre Arbeiten bei den männlichen Kollegen keine Anerkennung finden. Wissenschaftlerinnen, so das Fazit, haben keine Lobby für ihre Interessen. Der Ak setzte sich drei Ziele: Die Verbesserung der Situation von Müttern in der Wissenschaft, die Förderung von Frauenstudien und -forschung und die Erhöhung des Anteils von Frauen auf qualifizierten Lebenszeitstellungen im Wissenschaftsbetrieb. Dem Ak ist zuzuschreiben, daß mittlerweile ein landesweit fast flächendeckendes Netz von Hochschulfrauenbeauftragten geschaffen wurde, daß die Bundeskonferenz der Hochschulfrauenbeauftragten ins Leben gerufen wurde.

Über Aktivitäten und Standpunkte des Aks informieren unter anderem: „Was eine Frau so umtreibt“, hg. von Anne Schlüter, Christine Roloff, Maria Anna Kreienbaum, Pfaffenweiler 1990, das Hochschul-Manifest der Frauen und die Hochschule für Frauen, Dortmund 1989, Freiheit, die wir meinen! Vereinigung oder patriarchale Vereinnahmung? Sigrid Metz-Göckel/Anne Schlüter 1990 (zwd FuP 50/1990)

„Wir werden ein Institut für Frauenforschung einrichten...“

Die ständige Konferenz der Frauenforschung von NRW fordert den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau auf, sein Versprechen aus der „Wahlplattform“ der NRW-SPD einzulösen und ein Frauenforschungsinstitut auf Landesebene mit europäischer Perspektive einzurichten.

Demnach soll das Institut eine Landeseinrichtung werden, die vom Netzwerk Frauenforschung in NRW getragen wird: „Seinen Beirat bildet die ständige Konferenz der Frauen von NRW zuzüglich einiger ausgewählter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Politik aus dem europäischen Raum. Das Institut sollte im Rhein-Ruhrgebiet liegen.“ Die Wissenschaftlerinnen sehen die Aufgabe des Institutes in „der Koordination und Information der Forschung über die Geschlechterverhältnisse. Es dient der

Förderung unkonventioneller Forschungsmethoden und Perspektiven sowie der Kreativität der Frauen. Es vernetzt die Frauenforschung von NRW mit der internationalen Forschung. Es fördert Forschung – zu Grundlagen des Geschlechterverhältnissen, – zu feministischem Verständnis vom Staat und Markt, – zur Übersetzung von theoretischen Konzepten in empirische Forschungsfragen und Projekte.“

Im Deutschen Frauenrat sind insgesamt 10,5 Millionen bundesdeutsche Frauen über die Mitgliedsverbände vertreten.

Erste Vorsitzende: Brunhilde Fabricius

Deutscher Frauenrat. Bundesvereinigung deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände

5300 Bonn 2, Südstr. 125, Tel. 0228/31 60 94

Deutscher Akademikerinnenbund e.V., 2000 Hamburg 13, Werderstr. 68, Tel. 040/44 58 80

Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG)

BVorst./HptAbt. Weibliche Angestellte, 2000 Hamburg 36, Karl-Muck-Pl. 1, Tel. 040/3 49 15-4 48, -4 49

Deutscher Beamtenbund, Bundesfrauenvertretung (DBB)

5300 Bonn, Dreizehnmorgenweg 36, Tel. 0228/81 10

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bundesvorstand - Abt. Frauen

4000 Düsseldorf 30, Hans-Böckler-Str. 39, Tel. 0211/43 01 1

Deutscher Verband Frau und Kultur e.V.

5657 Haan, Briandstr. 2, Tel. 02129/48 61

Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V. (Gedok)

2322 Stöfs, Lindenweg 5, Tel. 04381/79 75

Literatur:

zwd FuP: zweiwochendienst Frauen und Politik

zwd: zweiwochendienst Bildung Wissenschaft Kulturpolitik

IfdF: Informationen für die Frau. Informationsdienst des „Deutschen Frauenrates“

IBW: Informationen Bildung Wissenschaft. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Sozialdemokratischer Pressedienst